

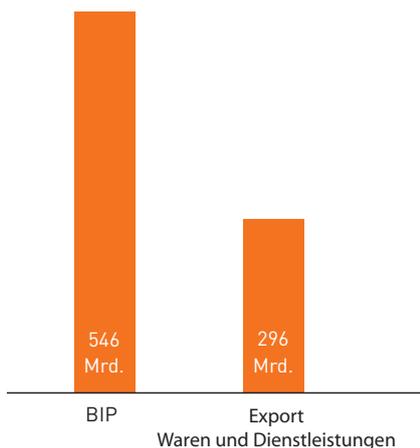
FAKTENBLATT: WTO UND FREIHANDELSABKOMMEN

die schweiz braucht besten zugang zum weltmarkt

Die Schweizer Wirtschaft exportiert pro Tag Waren für über 530 Millionen Franken. Unsere Unternehmen sind deshalb auf verlässliche Regeln im internationalen Handel angewiesen. Die Welthandelsorganisation (WTO) sorgt dafür, dass diese eingehalten werden. Die 153 WTO-Mitglieder haben es noch nicht geschafft, sich in der sogenannten Doha-Runde über die Modalitäten der zukünftigen Handelsliberalisierung zu einigen. Dazu kommt, dass infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise immer mehr Staaten ihre Märkte abschotten, um die heimische Wirtschaft zu schützen.

- ▶ Die WTO-Doha-Runde muss weiterhin vorangetrieben werden. Ein Abschluss würde der Weltwirtschaft pro Jahr zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar bringen.
- ▶ Die Schweiz muss ihr Netz von qualitativ guten Freihandelsabkommen weiter ausbauen.
- ▶ Der Agrarsektor soll durch kluge Reformen im Inland international wettbewerbsfähiger gemacht werden.

INTERNATIONALE VERFLECHTUNG NIMMT ZU



Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland. Schweizer Unternehmen sind auf durchsetzbare Spielregeln im internationalen Handel angewiesen.

Schweizer Unternehmen brauchen klare Spielregeln

Der Handel mit Waren und Dienstleistungen der Schweizer Unternehmen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als vervierfacht. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen (zum Beispiel Tochtergesellschaften oder Niederlassungen von Schweizer Unternehmen im Ausland) ist im selben Zeitraum um den Faktor 14 angestiegen. Die Globalisierung hat weltumspannende Wertschöpfungsketten entstehen lassen. Auch die Schweizer Unternehmen importieren vermehrt Zwischenprodukte, um sie hier zu verarbeiten und als Endprodukte wieder zu exportieren. Dies gilt sowohl für multinationale wie auch für kleinere und mittlere Unternehmen. Aus diesem Grund ist es für unsere Unternehmen wichtig, sich auf vorhersehbare Spielregeln im internationalen Wirtschaftsaustausch verlassen zu können.

Die WTO schützt vor Marktabschottung

Die Welthandelsorganisation WTO schafft allgemeingültige und durchsetzbare Regeln und wirkt so dem Recht des Stärkeren entgegen. Die 153 Mitglieder sind verpflichtet, allen anderen die gleichen Vorteile zu gewähren. Importierte Güter dürfen nicht schlechtergestellt sein als heimische Produkte. Infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise versuchen Länder, ihre heimische Wirtschaft zu schützen und schotten sich gegen aussen ab. Das behindert den internationalen Warenhandel. Die WTO wirkt hier mit Erfolg dagegen. Bei einer weiterführenden Liberalisierung des Handels tut sich die Organisation aber schwer. Auch nach zehn Jahren Verhandlung konnte die Doha-Runde noch immer nicht abgeschlossen werden.

KURZ ERKLÄRT

DOHA-RUNDE

Die WTO-Mitglieder haben im November 2001 in Doha (Katar) beschlossen, Zölle für Industriegüter abzubauen, Subventionen für Landwirtschaftsprodukte zu reduzieren, den Handel mit Dienstleistungen zu vereinfachen und die ärmsten Länder zu unterstützen. Seither wird darüber verhandelt, wie dieser Beschluss umgesetzt werden soll. Die Verhandlungen über dieses Themenpaket werden als Doha-Runde oder auch Doha-Entwicklungsagenda bezeichnet.

Freihandelsabkommen als Ergänzung

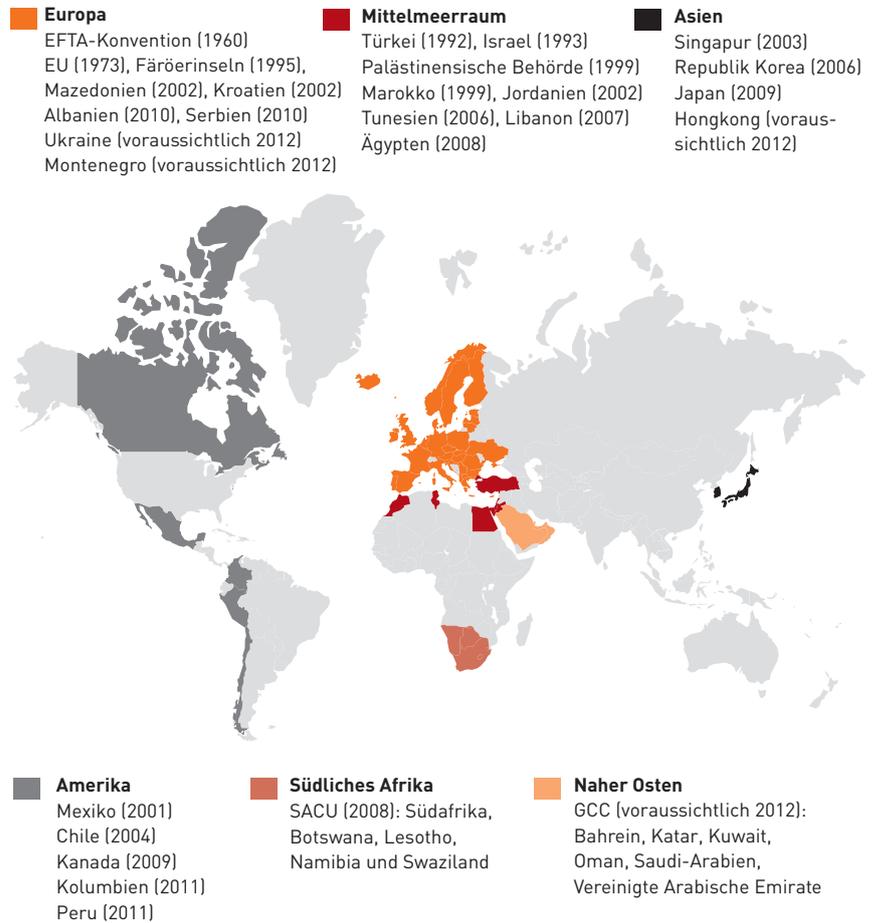
Immer mehr Staaten handeln bilaterale Freihandelsabkommen aus. Rund 390 Abkommen sind weltweit bereits in Kraft. Um das Risiko von Diskriminierungen zu vermeiden und den internationalen Marktzugang zu verbessern, setzt die Schweiz in ihrer Aussenwirtschaftsstrategie auch sehr erfolgreich auf den Ausbau ihres eigenen Netzwerks von Abkommen. Die Schweiz hat insgesamt 26 Freihandelsabkommen unterzeichnet, meist im Rahmen der EFTA. Das wichtigste ist und bleibt das aus dem Jahr 1972 mit der Europäischen Union. Nachdem Abkommen mit weiteren wichtigen Partnern wie Japan oder Kanada im Jahr 2009 in Kraft getreten sind, wurden jüngst Abkommen mit den arabischen Golfstaaten, Kolumbien, Peru und der Ukraine und Hong Kong unterzeichnet. Als grosse Herausforderungen sind nun die Verhandlungen mit China, Indien sowie der Zollunion Russland/Belarus/Kasachstan im Gang.

DICHTES NETZ VON ABKOMMEN

Wettbewerbsfähigkeit ist zentral
für die Standortattraktivität eines
Landes.

Freihandelspartner der Schweiz (Jahr des Inkrafttretens)

Durchschnittliches BIP-Wachstum zwischen 2005 und 2009



Quelle: OECD Economic Outlook

DOHA-RUNDE STÄRKT WACHSTUM

300 – 700

Milliarden Dollar würde ein Abschluss der Doha-Runde jährlich zum weltweiten Wachstum beitragen.

Handlungsfähige WTO nützt der Schweiz

Die WTO schafft transparente und durchsetzbare Regeln: Ein Regelverstoss kann im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens geahndet werden. Die Doha-Runde ist eine Konjunkturspritze. Ein Abschluss würde der Weltwirtschaft einen nachhaltigen Impuls geben. Gemäss einer Studie des Peterson Institute for International Economics würde weltweit jährlich ein zusätzliches Wachstum von 300 bis 700 Milliarden Dollar generiert.

Der Zollabbau kommt direkt den Unternehmen zugute: Die geplante Abbauformel reduziert beispielsweise in den USA oder China die Zölle deutlich. Die Schweizer Industrie würde pro Jahr Zölle von rund 150 Millionen (USA) respektive rund 120 Millionen Franken (China) einsparen.

Die WTO integriert Entwicklungsländer: Erklärtes Ziel der Doha-Verhandlungen ist die wirtschaftliche Förderung der Entwicklungsländer beispielsweise durch den Abbau von Zöllen und Subventionen im Agrarbereich. Als Handelsorganisation kann und soll die WTO jedoch nicht grundlegende entwicklungspolitische Probleme lösen wie beispielsweise das Fehlen von stabilen politischen Rahmenbedingungen.

Freihandelsabkommen wirtschaftlich bedeutend

In der Allgemeinverbindlichkeit der WTO liegt aber auch ihr Schwachpunkt. Als Ergebnis von Verhandlungen läuft es oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus. Freihandelsabkommen hingegen erlauben, mit selbst gewählten Partnern in schnellerem Tempo Marktzugangshindernisse abzubauen und dabei ein breites Themenspektrum abzudecken.

418

Millionen Franken haben Schweizer Unternehmen im Jahr 2008 an Zöllen eingespart dank Freihandelsabkommen.

Die Schweizer Exporte in aussereuropäische Länder mit Freihandelsabkommen sind in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten der Abkommen deutlich schneller gewachsen als die Exporte insgesamt. Pro Jahr resultieren dadurch erhebliche Zolleinsparungen, 2008 betragen diese über 418 Millionen Franken. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten und die Wirtschaft profitieren bei Importen von Zolleinsparungen von mehreren Milliarden Franken.

Freihandelsabkommen zahlen sich auch bei den Investitionen aus. Der Kapitalbestand von Schweizer Direktinvestitionen in Partnerländern stieg mit 18 Prozent in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten der Abkommen deutlich stärker als der Gesamtbestand (+12,6 Prozent). Darüber hinaus verbessern Abkommen die Rechtssicherheit beispielsweise beim Schutz von geistigem Eigentum und bieten eine Dialogplattform mit dem Partnerland.

ABSCHOTTUNG SCHADET

Die Schweiz ist von Marktabschottungen betroffen

Infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und des zunehmenden Standortwettbewerbs versuchen immer mehr Staaten ihre Märkte abzuschotten, indem Zölle erhöht, Klauseln für den Kauf einheimischer Produkte und Investitionsbeschränkungen eingeführt werden. Allein die zwanzig grössten Länder haben in den letzten zwei Jahren knapp 400 solcher Massnahmen ergriffen. Rund 180 davon betreffen die Schweiz direkt. Die eher punktuellen Massnahmen sind gesamtwirtschaftlich meist noch nicht relevant, können jedoch einzelne Unternehmen oder ganze Branchen drastisch treffen.

Freihandelsabkommen: Qualität statt Quantität

Das Netz von Freihandelsabkommen muss ausgebaut werden. Im Zentrum stehen möglichst gute und nicht möglichst viele Abkommen. Bedeutend sind umfassende Abkommen, die auch die Bereiche Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen, Schutz des geistigen Eigentums sowie Wettbewerb abdecken. Bei der Liberalisierung des Warenhandels sind ein vollständiger Zollabbau sowie möglichst einheitliche und liberale Ursprungsregeln wichtig, um unübersichtlichen Regeln entgegenzuwirken.

AUNS Initiative schränkt aussenwirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit ein

Die stabilen Rahmenbedingungen, auf die die Unternehmen im Ausland angewiesen sind, werden durch ein dichtes Netz von Staatsverträgen gewährleistet. Die AUNS will nun mit ihrer Initiative «Staatsverträge vors Volk» das obligatorische Referendum für alle so genannt „wichtigen“ Staatsverträge einführen. Volk und Stände würden über jeden Staatsvertrag einzeln zwingend abstimmen müssen, was die Schweizer Handlungsfreiheit massiv einschränken würde. Die zeitgerechte Umsetzung von Staatsverträgen sowie die Glaubwürdigkeit der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin wären in Frage gestellt. Dies sehr zum Nachteil der international ausgerichteten Schweizer Wirtschaft. economiesuisse lehnt diese Initiative deshalb entschieden ab.



BREMSKLOTZ SCHWEIZ

Die Verteidigung defensiver Landwirtschaftsinteressen darf nicht auf dem Buckel der restlichen Wirtschaft erfolgen.

Landwirtschaft wettbewerbsfähiger machen

Die Verteidigung der Interessen der Landwirtschaft ist legitim, sofern dabei die übrige Wirtschaft, die exportorientierten Landwirte und die Konsumentinnen und Konsumenten nicht negativ tangiert werden. Die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft beträgt noch rund ein Prozent. Blockiert die Schweiz beim Aushandeln von Freihandelsabkommen im Agrarsektor, müssen Einschränkungen in anderen Wirtschaftsbereichen in Kauf genommen werden. Die Schweiz wird so als Bremsklotz wahrgenommen und verliert an Glaubwürdigkeit. Das schadet unserer Wirtschaft, denn der konkurrenzfähige Teil unserer Landwirtschaft profitiert von offenen Märkten. Der Wettbewerb würde angekurbelt und das Preisniveau sinken. Strukturwandel und Globalisierung sind Tatsachen. Statt unsere Landwirtschaft übermässig zu schützen, sollten wir den Agrarsektor durch kluge Reformen im Inland international wettbewerbsfähiger machen.

MÄRKTE ÖFFNEN

Die Verhandlungen der Doha-Runde sind voranzutreiben. Um die Schweizer Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu halten, braucht es ein Freihandelsabkommen mit der EU.

28

Abkommen hat die Schweiz bereits abgeschlossen. Es fehlen aber Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Wachstumsmärkten wie den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) und den USA.

Doha-Runde abschliessen

Der Bundesrat ist aufgefordert, sich bei der Weiterführung der Doha-Runde weiterhin für die Interessen der Wirtschaft einzusetzen. Dies bedingt einen Abbau von Zöllen und anderen Handelsbarrieren, ein klares Bekenntnis zu Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich sowie ein verbindliches Abkommen im Bereich Handelserleichterungen. Um der Landwirtschaft bei einem Abschluss der Doha-Runde Zukunftsperspektiven zu gewährleisten, sind die Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der Europäischen Union fortzuführen.

Weiterer Ausbau von Freihandelsabkommen

Neben dem Engagement in der WTO muss das Netz von Freihandelsabkommen weiter ausgebaut werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, die zentrale Lage in Europa und ihre Bereitschaft zu weiterreichenden Abkommen machen die Schweiz zu einem interessanten Partner. Aufgrund ihres kleinen Heimmarktes und des relativ geringen politischen Einflusses auf internationaler Ebene reicht dies jedoch nicht, um bei möglichen Handelspartnern an oberster Stelle der Wunschliste zu stehen. Auch Zugeständnisse sind leider unvermeidbar. Dabei sollte angestrebt werden, zumindest ebenso gute Konditionen wie die EU zu erhalten. Die Schweiz hat in den letzten Jahren mehrere FHA-Verhandlungen aufgenommen und teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen.

- Bedeutend sind umfassende und qualitativ hochstehende Abkommen, die Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen, hohes Schutzniveau des geistigen Eigentums und Wettbewerb abdecken.
- Geografisch stehen Indien, China, Russland sowie aufstrebende Schwellenländer im Vordergrund.
- Die Lücke im Abkommensnetz mit den USA und Brasilien gilt es zu schliessen.

INFOS UND AUSKÜNFTE

Dossiers und Links

→ www.economiesuisse.ch/aussenwirtschaft



Ihr Ansprechpartner bei economiesuisse

Peter Flückiger
Stv. Leiter Aussenwirtschaftspolitik
peter.flueckiger@economiesuisse.ch